

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

NUR
Kabel
Kamer
Siegels
Glasbr., Melene
Mittag
Neuber

Liste 5

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossen

Bezugspreis monatl. inkl. Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schließung: Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 M. für die Reklamezeile einschließlich an den dreißigtägigen Zeitungs- und Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 8. Mai 1929 Nummer 106

Rotfrontverbot auch in Sachsen

Heldt folgt den Spuren Orzeszinski — Die Dresdner Volkszeitung setzt ihre gemeine Mordhetze fort

Die Hintergründe des sozialfaschistischen Terrors enthüllt

Abbau der Erwerbslosenfürsorge

Seitern hat auch die Regierung Heldt das Verbot des Roten Frontkämpferbundes ausgesprochen. Die Einheit zwischen den Sozialdemokraten und den Sozialfaschisten ist wieder hergestellt. Nur das es jetzt die Sozialdemokraten waren, deren reaktionäre Stellung gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats von einem Sozialdemokraten durchgeführt wurde, die sich an eine Maßnahme eines Sozialdemokraten anschließt. Dieses Zusammenarbeiten von sozialdemokratischen und sozialfaschistischen Ministern kennzeichnet am besten den Wert der "Einheit", die von den Hebel, Köchel, Diekmann und Kamloten an den Taten der Heldtregierung geübt wird. Es sind gleiche Brüder, die einander wert sind. Heldt hat ohne Zweifel eine Gelegenheit verpasst, dem "Linken" ein auszuweichen, sonst hätte er sich anders verhalten. Aber das die reaktionäre Regierung in Bayern, das die Heldtregierung in Sachsen auf Geheiß des Sozialdemokraten Seering den KFB verbietet, kennzeichnet die Rolle der SPD. Vor dem 12. Mai ist dies für die Arbeiter Sachsens noch ein beachtlicher Anbauungsunterstützt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Seering gestern, er sei nicht dumme genug, um die KPD zu verbieten. Ein solches Verbot könne man so wie so nicht durchführen.

Über den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Dumtheit, die ein KPD-Verbot für nicht durchführbar, ein KFB-Verbot aber für durchführbar hält, wollen wir uns hier nicht unterhalten. Die Rote Front des revolutionären Proletariats ist nicht zu verbieten, und so wie nach einem Verbot immer noch Kommunisten da sein werden, werden auch jetzt noch Rote Frontkämpfer da sein. Die Rote Front lebt und wird weiter wachsen, trotz des Sozialdemokraten Orzeszinski und des Sozialdemokraten Heldt.

Werbung für die Rote Front des Proletariats, Eintritt in die Kommunistische Partei, Abkehr von den Reformisten, Austritt aus der Arbeiterpartei, der SPD, verstärkter Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Trabanten, das wird die Antwort der Arbeiter sein.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages geltend gemacht auch, daß die Schuld an dem Sturzgefallen in Berlin das Demonstrationenverbot des Sozialdemokraten Jürgelbel trägt.

Die Sozialdemokraten, allen voran die Volkszeitung, setzen ihre Hetze gegen die Kommunisten fort. Aber schon entstehen sich die eigentlichen Gründe. Die Bourgeoisie hat nicht Zeit, lange Verträge zu spielen. Wir haben den Arbeitern gesagt, das Verbot der Volkszeitung soll weiteren reaktionären Verträgen die Bahn freimachen. Schon wird unsere Voraussetzung bestätigt.

Das Reichskabinett hat gestern beschlossen, einen Abbau der Erwerbslosenfürsorge durchzuführen.

Jürgelbel hat die Bahn freigemacht, die Hufe SPD-Presse mit ihrer Hetze diese reaktionäre Schandtat vorbereitet.

Auch gestern überließ sich die Dresdner Volkszeitung in ihrer gemeinen Mordhetze. Sie bringt auf der ersten Seite den verlogenen konterrevolutionären Aufruf des KFB. In diesem wird behauptet: "Für die Rote Front trägt die Kommunistische Partei einzig und allein die Verantwortung." In demselben Blatt auf der dritten Seite aber druckt die Gesellschaft vom Reinerplatz einen Artikel des bekannten Volkszeitungs-Schäferinger ab. In diesem stellt Schäferinger die absolute Schuld der Polizei des Sozialdemokraten Jürgelbel fest. Er schreibt:

Das Kommando der Berliner Schutzpolizei hat, ohne sich nach dem Ermessungsgrad der Aufstände zu fragen, seinen Polizeiparapparat viel zu hart eingesetzt, und sowohl führungs-sachlich wie schiedlich Maßnahmen ergriffen, die über den Polizeizweck weit hinausgeschossen sind. Zu einem Zeitpunkt, in dem der Gummistempel und die Pistole noch Wunder wirken, ist es ein Verbrechen, mit dem Karabiner zu feuern. Es übersteigt alle polizeilichen Begriffe, gezieltes Feuer auf Häuserdächer und erleuchtete Fenster abzugeben. Man hat auf jede sich zeigende Person männlichen oder weiblichen Geschlechts bei Tag und bei Nacht in den Unruhegebieten geschossen. Der Polizeikommandeur, der die Verantwortung für den Einbruch seiner Verbände zu tragen hat, muß mit eigener Faust solche Ausschreitungen der polizeilichen Feuerdisziplin zu verhindern suchen. Es muß also in Zukunft von jedem einzelnen Beamten der Schutzpolizei bei inneren Unruhen polizeilich viel mehr Selbstbeherrschung und Feuerdisziplin verlangt werden. Das Kabinett der Reichsregierung ist demnach: Die Berliner Schutzpolizei hat als Organ der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung versagt.

Hier wird die Schuld eindeutig festgestellt! Es kennzeichnet die Verkommenheit und Beliegenheit der "Linken", wenn

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! An die Partei!

Arbeiter! Klassengenossen!

Das Blut der Tausende Toten und der Hunderte Verwundeten auf den Straßen Berlins ist noch nicht getrocknet. Noch rufen die Krankenhäuser Hunderte von Geschundenen, Mißhandelten und gerichteten Arbeiterleibern durch die Nordgeheile Jürgelbels. Noch hallt millionenfacher Proteststurm über die blutigen Schandtat des Sozialfaschismus durch alle deutschen Gänge; da holt der Sozialfaschismus zum zweiten Schläge aus: Der Sozialfaschist Orzeszinski verbietet den KFB!

Der KFB ist bereits in Preußen, Bayern, Sachsen und Hamburg verboten.

Der Sozialfaschist Seering hat bereits an alle Länderregierungen die Aufforderung gerichtet, den KFB zu verbieten. In ganz Deutschland finden Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen des Vermögens und der Einrichtungen des KFB statt. Ein Teil der von KFB-Kameraden gesammelten Arbeitergelder wurde von der Preußen-Regierung gestohlen. Eine wilde Hetze und Jagd auf die KFB-Kameraden wird in diesen Tagen durchgeführt. Die sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten wollen die Schutz- und Behörorganisation des deutschen Proletariats vernichten. Der Sozialfaschist Jürgelbel hat die Rote Fahne verboten, um sein schändliches Mißhandwerk unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Kritik des Proletariats durchführen zu können. Die verbrecherische Mordhetze des Vorwärts und der bürgerlichen Presse sollte unwiderrprochen bleiben und die Arbeiterkraft in einen Blutbad gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion hineingestoßen werden. Das, was den mörderischen Regeln Jürgelbels nicht gelungen ist — durch einen verbrecherischen Überfall am Berliner Proletariat die revolutionäre Rote Front der deutschen Arbeiterklasse niederzuschlagen, — sollen nunmehr die ministeriellen Erlasse und Verbote der Sozialfaschisten Orzeszinski und Seering vollbringen.

Der Rote Frontkämpferbund ist die einzige Wehr- und Selbstschutzorganisation der deutschen Arbeiter

Er ist das weithin leuchtende Symbol für das revolutionäre Klassenbewußtsein und für die Bereitschaft des deutschen Proletariats, den Kampf gegen alle Kriegsvorbereitungen und Kriegsrüstungen des deutschen Imperialismus zur blutigen Niederwerfung der Sowjetunion zu führen. Das deutsche Proletariat soll wehr- und schutzlos dem Hunger- und Kriegsmord des deutschen Imperialismus ausgeliefert werden.

Das Trust- und Monopolkapital blickt bereits auf seinen Tagungen (Jahreshauptversammlung des Verbandes der Eisenhüttenwerke, nach der Bergwerkszeitung) an, daß die deutsche Wirtschaft nur leben und existieren könne, wenn die Arbeitszeit mindestens um 2 Stunden verlängert wird, wenn der Lohn wesentlich herabgesetzt wird. Dormüller will die Eisenbahner weiterhin zu Hungerlöhnen zwingen. Das monopolistische Finanzkapital rüht zu einer neuen Hungeroffensive, zu einer neuen Hungerblockade gegen das deutsche Proletariat.

Mit erhöhter Ausbeutung, verlängerter Arbeitszeit, mit Hunger und steigender Not soll die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter gebrochen werden.

Der deutsche Imperialismus rüht gleichzeitig zum imperialistischen Raubkrieg gegen die Sowjetunion (Drohnote Strejmanns an die Regierung der UdSSR). Deutschland reißt sich endgültig ein in die Antikommunisten der weltimperialistischen Räuber. Der deutsche Imperialismus läßt in seiner Offenheit zur Durchführung seiner Ausbeuterungs- und Ausbeutungs-politik der deutschen Arbeiter und seiner Kriegsvorbereitungen die Sowjetunion auf den immer härteren Widerstand der sich radikal verweigenden Arbeiterklasse. Die Hauptmassen des deutschen Proletariats, die Industriearbeiterklasse, die vor wenigen Monaten und Jahren noch dem Reformismus gefolgt sind, gehen zur revolutionären Klassenfront des Kommunismus über. Die Wirtschaftskämpfe des Proletariats erlangen immer mehr politisch-revolutionären Charakter. Die Bourgeoisie erkennt die steigende Gefahr für die Existenz des kapitalistischen Ausbeutungssystems.

In dieser Situation der verschärften Klassengegensätze und der zunehmenden verschärften Klassenkämpfe tritt der Sozialfaschismus auf den Plan.

Der mit den blutigen Mitteln der Staatsgewalt, mit den Spaltungsmethoden der sozialfaschistischen Bureaucratie in den Gewerkschaften und in den Massenorganisationen des Proletariats die deutsche Arbeiterklasse wehr- und schutzlos dem imperialistischen Monopolkapital ausliefern will. Der Sozialfaschismus versucht den Widerstand und die Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse gegen die Hunger- und Kriegsoffensive des deutschen Trustkapitals mit den blutigen Terrormaßnahmen der Staatsgewalt, wie wir sie vom 1. bis 4. Mai in Berlin erlebt haben, und wie sie jetzt die Schneekugel gegen die Opfer der mörderischen Polizeischikane augenblicklich durchführt, zu brechen. Demselben Zweck dient das Verbot des KFB, die schändlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen der KFB-Kameraden und das sozialfaschistische Verbot der Gewerkschaftsbureaucratie gegen die Gewerkschaftsopposition, sowie die Spaltungsmethoden in allen anderen Massenorganisationen des Proletariats.

Der Sozialfaschismus rüht offen zum Bürgerkrieg

Die militärisch-organisierten und kriegsmäßig ausgerüsteten Polizeitruppen unter Leitung der sozialfaschistischen Polizeiminister und Polizeipräsidenten finden ihre Hilfstruppen und Reservisten in den militärisch organisierten und bewaffneten Wehr-organisationen der Bourgeoisie, in den Stahlhelmverbänden und im sozialfaschistischen Reichsbanner. Bei dem vierstägigen Demagogie- und Angeberdienste geleistet. Die sozialfaschistische Bestie der 2. Internationale hat in Deutschland den Bürgerkrieg begonnen. Mit Ausnahmegeboten, Verböten und Erlässen glaubt der Sozialfaschismus das deutsche Proletariat wehr- und wehrlos zu machen.

Aber ebensowenig wie die Ausnahmegehe Bismarcks trotz 12-jährigen Bestehens die damalige Sozialdemokratie verbieten und unterdrücken konnte, ebensowenig können die ausnahmegesetzten Verbote der Sozialfaschisten die revolutionären Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse vernichten. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich wie ein Mann gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes wenden. Der Sozialfaschismus verbietet den KFB. Das deutsche Proletariat aber ruft einmütig:

Es lebe der Rote Frontkämpferbund!

Organisiert überall im ganzen Reiche Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Zeigt, daß sich das deutsche Proletariat nicht wehr- und widerstandslos dem deutschen Trustkapital ausliefern läßt. Zeigt, daß ihr nicht duldet, daß man die proletarischen Massenorganisationen verbietet. Zeigt, daß ihr keine willenslosen Knechte des räuberischen Kapital seid.

Wer keine Wahlarbeit für Liste 5 leistet
) sich nicht morgen vormittag 9 Uhr in den beannten Parteistellen aller Stadtteile, Arbeitsgebiete und Ortsgruppen zur Mitarbeit
die letzten drei Tage meldet.
hilft den Arbeitermördern und Sozialfaschisten!